



Politische Forderungen

**der CSD organisierten Vereine und
Gruppen in Sachsen-Anhalt an**

Politik und Gesellschaft

22.07.2026

I. Einleitung – Warum diese Forderungen 2026 notwendig sind

Queere Menschen sind auch im Jahr 2026 weiterhin mit struktureller Diskriminierung, wachsender Hasskriminalität und politischer Infragestellung ihrer Rechte konfrontiert. Bundesweite Lagebilder zeigen einen anhaltenden Anstieg queerfeindlicher Straftaten, insbesondere gegenüber trans*, inter* und nicht-binären Menschen. Gleichzeitig geraten demokratische und menschenrechtliche Standards zunehmend unter Druck – auch durch politische Akteur*innen, die offen queerfeindliche Positionen vertreten.

In Sachsen-Anhalt spitzt sich diese Lage im Vorfeld der Landtagswahl 2026 weiter zu. Erste Wahlprogramme und politische Positionierungen zeigen, dass Errungenschaften der letzten Jahre nicht selbstverständlich sind und aktiv verteidigt werden müssen.

Vor diesem Hintergrund formuliert der **Christopher-Street-Day Sachsen-Anhalt e.V. in Sachsen-Anhalt** seine politischen Forderungen für das Jahr 2026. Sie verbinden bundespolitische Erwartungen mit klaren landes- und kommunalpolitischen Anforderungen und stellen zugleich die zentrale Rolle queerer zivilgesellschaftlicher Strukturen in den Mittelpunkt.

II. Bundespolitische Forderungen

1. Verfassungsrechtlicher Schutz vor Diskriminierung

Wir fordern die Ergänzung des Artikels 3 des Grundgesetzes um den ausdrücklichen Schutz vor Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität.

Diese Ergänzung ist auch 2026 weiterhin nicht umgesetzt, obwohl sie eine zentrale Voraussetzung für rechtliche Klarheit, Gleichstellung und Schutz vor struktureller Diskriminierung darstellt. Ohne eine eindeutige verfassungsrechtliche Verankerung bleiben queere Menschen anfällig für politische Rückschritte und einheitliche Rechtsprechung.

2. Selbstbestimmungsgesetz sichern und wirksam umsetzen

Obwohl das Selbstbestimmungsgesetz seit November 2024 in Kraft ist und einen bedeutenden Fortschritt darstellt, variieren die praktische Umsetzung sowie das Verwaltungshandeln und die Haltung der Behörden derzeit noch stark. Um eine verlässliche Rechtsanwendung zu garantieren:

- Fordern wir die Einführung bundesweit einheitlicher und diskriminierungsfreier Umsetzungsstandards sowie verpflichtende Schulungen für alle beteiligten Behörden. Ein zentrales Ziel muss dabei der wirksame Schutz der Betroffenen vor Deadnaming, Bloßstellung und unnötiger Bürokratie sein. Darüber hinaus fordern wir eine Evaluation des Gesetzes, die darauf ausgerichtet ist, die Rechte von trans*, inter* und nicht-binären Menschen nachhaltig zu stärken, anstatt sie einzuschränken.

3. Wir fordern Arbeitgeber*innen dazu auf, das Bewusstsein für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in der Arbeitsumgebung zu stärken.

- Wir setzen uns dafür ein, dass Arbeitgeber*innen eine aktive Rolle bei der Förderung von Verständnis und Akzeptanz für geschlechtliche und Sexuelle Vielfalt in der Arbeitsumgebung übernehmen. Es ist wichtig, dass Arbeitsplätze nicht nur Orte der Arbeit sind, sondern auch sicher, inklusiv und unterstützend für alle Mitarbeiter*innen, unabhängig derer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität sind.

- Durch gezielte Maßnahmen können Arbeitgeber*innen das Bewusstsein für diese Vielfalt stärken und eine positive Arbeitskultur fördern, in der jeder Mensch respektiert und wertgeschätzt wird. Dies kann durch Schulungen, Sensibilisierungskampagnen und die Implementierung von Richtlinien und Verfahren erreicht werden, die Diskriminierung am Arbeitsplatz verhindern und ein Umfeld schaffen, in dem sich alle Mitarbeiter*innen authentisch und sicher fühlen können.
- Um diese Ziele konkret umzusetzen, fordern wir Arbeitgeber*innen dazu auf, regelmäßig Diversity Workshops anzubieten. Darüber hinaus fordern wir Arbeitgeber*innen dazu auf, sich der Charta der Vielfalt anzunehmen, um ein öffentliches und verbindliches Bekenntnis zu einem wertschätzenden und vorurteilsfreien Arbeitsumfeld abzugeben.

4. Wir fordern eine aktive Teilhabe und Unterstützung für LGBTQ* Senior*innen

- Wir setzen uns dafür ein, dass ältere LGBTQ* Menschen die Möglichkeit haben, aktiv an der politischen Vertretung von Senior*innen teilzunehmen. Es ist wichtig, dass ihre spezifischen Bedürfnisse in Bezug auf Betreuung und Pflege berücksichtigt werden, um eine würdevolle und angemessene Versorgung sicherzustellen. Hierzu fordern wir, dass sich die entsprechenden Einrichtungen an dem Kurrikulum der Pflegeausbildung halten, um eine qualifizierte und sensible Begleitung zu gewährleisten.
- Darüber hinaus unterstützen wir die Förderung von speziellen Wohnformen, die den Bedürfnissen älterer LGBTQ* Personen gerecht werden. Die Förderung solcher Wohnformen für ältere LGBTQ* Personen ist ein wichtiger Schritt, um sicherzustellen, dass diese in einer Umgebung leben können, die ihre Bedürfnisse und Lebensrealitäten respektiert und unterstützt. Diese Wohnformen bieten nicht nur ein sicheres und inklusives Zuhause, sondern auch die Möglichkeit, sich mit Gleichgesinnten zu vernetzen und eine unterstützende Gemeinschaft aufzubauen.

5. Wir fordern eine größere Vielfalt und vermehrte Präsenz queerer Lebensweisen in den Medien

- Wir setzen uns dafür ein, dass in den Medien eine breitere Palette von Lebensstilen und Identitäten der LGBTQ* Menschen sichtbar wird. Es ist essenziell, dass die vielfältigen Erfahrungen queerer Personen häufiger und in unterschiedlichen Formaten – von Nachrichten und Filmen bis hin zu Serien und digitalen Medien – repräsentiert werden.
- Dazu gehört explizit, dass das Fernsehen weiterhin Inhalte zur queeren Bildung und Vielfaltsbildung präsentiert und ausstrahlt. Um eine wahrhafte unabhängige Berichterstattung zu sichern, sprechen wir uns gegen jede Form der politischen Einflussnahme auf die Medienanstalten aus. Ein wesentlicher Baustein für eine demokratische Medienwelt ist zudem die Sicherstellung der weiteren Finanzierung der Offenen Kanäle, da diese als niedrigschwellige Plattformen unverzichtbar sind, um vielfältige Stimmen Gehör zu verschaffen. Darüber hinaus fordern wir eine angemessene und wirksame Vielfalt im Landesmedienrat, um eine notwendige Repräsentation queerer Interessen auch innerhalb der öffentlichen Landesfunkanstalten dauerhaft zu gewährleisten.

6. Wir fordern Gleiche Rechte im Adoptionsverfahren für Alle

- Eltern zu werden, sollte nicht von der sexuellen Orientierung oder der geschlechtlichen Identität abhängen, sondern basierend auf der Fähigkeit und dem Wunsch, ein liebevolles Zuhause für ein Kind anzubieten. Deswegen muss jedem Menschen, unabhängig von sexueller oder geschlechtlicher Identität, das volle Recht gewährt werden, am Adoptionsverfahren teilzunehmen und eine Familie zu gründen. Dazu gehört insbesondere die rechtliche Anerkennung der Elternschaft, beispielsweise in Konstellation mit zwei Müttern, um eine Gleichstellung zu herkömmlichen Familienmodellen zu erreichen.
- Es ist von grundlegender Bedeutung, dass das Adoptionsverfahren frei von Diskriminierung ist und alle potenziellen Eltern gleichbehandelt werden. Dies fördert nicht nur die Vielfalt und Inklusion in unserer Gesellschaft, sondern gewährleistet auch das Wohlergehen und die Zukunftschancen der Kinder.

7. Wir fordern die Förderung eines gendersensiblen Sprachgebrauchs

- Wir setzen uns aktiv für einen bewussten und gendersensiblen Umgang mit Sprache ein, der die geschlechtliche Vielfalt von Menschen respektiert und sichtbar macht. Es ist essenziell, dass Sprache inklusiv gestaltet wird, um alle Geschlechtsidentitäten angemessen widerzuspiegeln und jedem Menschen das Gefühl zu geben, gehört und akzeptiert zu werden.
- Wir fordern die aktive Förderung und konsequente Sicherung eines gendersensiblen Sprachgebrauchs, der die geschlechtliche Vielfalt unserer Gesellschaft respektiert und sichtbar macht. Ein bewusster Umgang mit Sprache ist essenziell, um alle Geschlechtsidentitäten angemessen abzubilden und eine inklusive Kommunikationskultur zu schaffen, in der jeder Mensch – unabhängig von der eigenen Identität – gehört, wertgeschätzt und akzeptiert fühlt.
- In diesem Zusammenhang lehnen wir Verbote oder Bestrebungen, bereits etablierte inklusive Sprachpraktiken abzuschaffen, entschieden ab. Wir fordern stattdessen rechtssichere Formulierungen zum Schutz dieser Standards sowie die umgehende Rücknahme bestehender Einschränkungen, wie sie beispielsweise im Schulwesen vorgenommen wurden. Ziel ist eine diskriminierungsfreie Sprache als Basis einer Gesellschaft, die Vielfalt nicht nur anerkennt, sondern aktiv wertschätzt.

III. Forderungen an das Land Sachsen-Anhalt

1. Landesaktionsprogramm geschlechtliche und sexuelle Vielfalt weiterentwickeln

- Wir fordern die verbindliche Fortschreibung und Modernisierung des Landesaktionsprogramms zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt. Dabei ist es zwingend erforderlich, dass das Programm klare Ziele sowie verbindliche Zeitpläne enthält und messbare Indikatoren zur Erfolgskontrolle nutzt.
- Um die Wirksamkeit sicherzustellen, muss das Landesaktionsprogramm regelmäßig evaluiert werden. Darüber hinaus fordern wir, dass die Umsetzung dauerhaft und ausreichend finanziert ist und unter der aktiven Beteiligung der queeren Zivilgesellschaft erfolgt.

2. Landesweite Schutz- und Präventionsstrategie gegen Queerfeindlichkeit

- Wir fordern die Implementierung einer landesweiten Strategie, um queere Menschen wirksam vor Diskriminierung, Hass und Gewalt zu schützen. Diese Strategie muss eine umfassende Präventionsarbeit in Schulen, der Jugendhilfe und im Bereich der Ausbildung beinhalten. Zudem ist es notwendig, dedizierte Schutzkonzepte für öffentliche Räume sowie Veranstaltungen zu entwickeln und klare Zuständigkeiten sowie Meldewege festzulegen. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Strategie muss darüber hinaus die enge Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen sein.

3. Verbindliche Schulungen für Verwaltung und Behörden

- Wir fordern die Einführung verpflichtender Fortbildungen für Beschäftigte in Standesämtern, Ordnungs- und Sozialbehörden sowie weiteren relevanten Verwaltungsbereichen. Diese Maßnahmen sind notwendig, um eine landesweite einheitliche und respektvolle Umsetzung des Selbstbestimmungsgesetzes zu gewährleisten und die Professionalität im Umgang mit geschlechtlicher Vielfalt sicherzustellen.
- Durch diese gezielte Qualifizierung sollen diskriminierungsfreie Verwaltungsverfahren fest in der Behördenstruktur verankert und bestehende strukturelle Barrieren für queere Menschen konsequent abgebaut werden. Ziel ist eine moderne Verwaltung, die allen Bürger*innen auf Augenhöhe begegnet und einen diskriminierungsfreien Zugang zu staatlichen Dienstleistungen garantiert.

4. Wir fordern die Schaffung von Anlaufstellen für TIN-Personen

- Angesichts der Tatsache, dass bestehende Strukturen wie TIAM und TINA young derzeit nicht arbeiten, fordern wir die Schaffung neuer, funktionstüchtiger Anlaufstellen und Beratungsangebote, die speziell auf die Bedürfnisse von trans*, inter*, nicht-binären (TIN) sowie FLINTA-Personen zugeschnitten sind. Diese Stellen müssen eine umfassende Unterstützung bei Fragen zur rechtlichen Anerkennung der Geschlechtsidentität bieten und verlässliche Anlaufpunkte für alle weiteren individuellen Anliegen fungieren.
- Über die rechtliche Beratung hinaus ist es essenziell, dass diese Anlaufstellen ein breites Spektrum an psychosozialer Unterstützung abdecken, Hilfe bei der Suche nach spezialisierter medizinischer Versorgung leisten und Betroffene aktiv im Umgang mit Diskriminierung und Vorurteilen begleiten. Ziel muss es sein, die entstandenen Lücken in der Versorgungs- und Beratungslandschaft umgehend zu schließen und einen sicheren Raum für die genannten Personengruppen zu gewährleisten.

5. Wir fordern eine würdevolle Behandlung und angemessene Unterstützung für LGBTQ* Geflüchtete in Sachsen-Anhalt

- Wir fordern eine grundlegende Verbesserung der bisher schwierigen Situation für LGBTQ*-Geflüchtete in Sachsen-Anhalt sowie die langfristige Sicherung und den Ausbau bestehender Unterstützungsstrukturen. Es ist essenziell, dass queere Geflüchtete eine respektvolle Behandlung erfahren und in Unterkünften untergebracht werden, die einen wirksamen Schutz vor Diskriminierung und Gewalt bieten sowie eine authentische Lebensweise ohne Angst vor Anfeindungen ermöglichen.
- Um diesen besonderen Schutzbedarfen gerecht zu werden, fordern wir eine flächendeckende Sensibilisierung und Schulung des Personals in den Flüchtlingsunterkünften, den Ausländerbehörden sowie in den Zentralen Annahmestellen (ZAST). Über die soziale Betreuung hinaus muss die Forderung um eine explizite rechtliche Unterstützung ergänzt werden; dies beinhaltet insbesondere die Bereitstellung von Rechtskostenbeihilfe für queere Menschen im Rahmen des Asylverfahrens.
- Zudem ist eine ausreichende finanzielle Ausstattung notwendig, um spezialisierte Beratungs- und Hilfsangebote sowie sichere Wohnmöglichkeiten durch geschultes Fachpersonal zu garantieren. Nur durch diese ganzheitliche Unterstützung kann ein Leben in Würde und die volle Teilhabe für LGBTQ*-Geflüchtete in unserem Bundesland gewährleistet werden.

6. Wir fordern die Förderung der Sichtbarkeit des Respekts für queere Personen

- Wir fordern die Landesregierung Sachsen-Anhalt nachdrücklich dazu auf, umfassende Maßnahmen zur Förderung der Sichtbarkeit von und des Respekts für queere Personen zu ergreifen. Ein zentraler Bestandteil dieser Unterstützung muss die verlässliche finanzielle Förderung von Veranstaltungen wie dem Christopher Street Day (CSD) sein, um der LGBTQ*-Community eine starke Stimme und eine öffentliche Plattform für ihre politischen Anliegen nach Gleichberechtigung und Akzeptanz zu bieten.
- Darüber hinaus sollte die Landesregierung auch andere Maßnahmen ergreifen, um die Sichtbarkeit und den Respekt für queere Personen zu fördern, wie beispielsweise Sensibilisierungskampagnen, die Förderung von LGBTQ*-Kulturveranstaltungen und die Integration von queeren-Themen in die Bildung.

7. Wir fordern eine Aktive Förderung von Erinnerungskultur und Aufarbeitung queerer Geschichte

- Wir setzen uns aktiv für die kontinuierliche Förderung der Erinnerungskultur sowie die wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte der queeren Community ein. Es ist unerlässlich, dass die Lebenswege queerer Menschen – insbesondere die Verfolgung während der NS-Zeit und weitere historische Diskriminierungserfahrungen – umfassend anerkannt, dokumentiert und erforscht werden. Um diese Geschichte im öffentlichen Raum sichtbar zu machen, fordern wir eine präzise Spezifizierung von Forschungsaufträgen sowie die Etablierung zentraler Gedenkort. In diesem Zusammenhang ist die Integration und Würdigung des Rosa-Winkel-Platzes in Magdeburg als fester Bestandteil unserer Forderungen essenziell.
- Die Schaffung von Denkmälern und die Verankerung queerer Historie in Museen sowie Bildungseinrichtungen sind notwendige Schritte, um die Beiträge und das Leid von LGB TIQ*-Personen zu würdigen und die Erinnerung für zukünftige Generationen wachzuhalten. Diese Aktive Aufarbeitung ist nicht nur ein Akt der Anerkennung, sondern ein fundamentaler Beitrag zur Förderung von Toleranz, Akzeptanz und Respekt innerhalb unserer Gesellschaft.

8. Wir fordern die Vereinfachung von Förderrichtlinien bis 5.000€ und gleichmäßige Verteilung von Fördermitteln in ganz Sachsen-Anhalt

- Konkret sollen insbesondere Fördermittel für zivilgesellschaftliche, demokratische, kulturelle und queere Projekte einfacher zugänglich gemacht werden. Dazu gehören zum Beispiel CSD-Veranstaltungen, Aktionswochen, Bildungsangebote, Begegnungsformate, Workshops, Kulturveranstaltungen, Jugend- und Community-Projekte sowie lokale Initiativen im ländlichen Raum.
- Für Förderungen bis 5.000 Euro braucht es vereinfachte Richtlinien, kurze Antragsformulare, verständliche Nachweispflichten und schnelle Entscheidungen. Gerade kleinere ehrenamtliche Vereine und Initiativen dürfen nicht durch überkomplexe Bürokratie von Fördermöglichkeiten ausgeschlossen werden.
- Zugleich fordern wir, dass Fördermittel nicht nur in den großen Städten oder etablierten Strukturen ankommen, sondern gleichmäßig und bedarfsgerecht in allen Regionen Sachsen-Anhalts verteilt werden. Besonders Initiativen in kleineren Städten und ländlichen Räumen brauchen verlässliche Unterstützung, um demokratische Teilhabe, Vielfalt und queere Sichtbarkeit vor Ort zu ermöglichen.

9. Landtagswahl 2026: Demokratie und Menschenrechte sichern

- Wir fordern von allen demokratischen Parteien in Sachsen-Anhalt eine klare und unmissverständliche Absage an jegliche queerfeindliche Rückschritte. Es ist von zentraler Bedeutung, den Schutz bestehender Rechte für queere Menschen konsequent zu gewährleisten und aktiv zu verteidigen.
- Darüber hinaus fordern wir die verbindliche Verankerung der Themen Vielfalt, Antidiskriminierung und Menschenrechte in den jeweiligen Wahl- und Regierungsprogrammen, um eine zukunftsorientierte und inklusive Politik für das Land sicherzustellen.

10. Wir fordern eine Neuausschreibung der Landeskoordinierungsstellen

- Wir setzen uns für eine umfassende Neuausschreibung der Landeskoordinierungsstellen ein, um durch ein transparentes, gerechtes und vor allem offenes Verfahren die bestmöglichen Träger für diese verantwortungsvollen Aufgaben zu gewinnen. Eine solche Neuausschreibung ist unumgänglich, um den aktuellen Bedürfnissen und Anforderungen im Bereich der Koordination und Unterstützung der LGBTIQ*-Community in Sachsen-Anhalt gerecht zu werden. In diesem Kontext fordern wir die Etablierung einer dezidierten, eigenen Stelle, welche die Interessenvertretung und den Netzwerkaufbau innerhalb der Community effektiv vorantreibt.
- Ein zentraler Bestandteil dieser Neuausrichtung muss zudem die verbindliche Aufnahme und Umsetzung des Landesaktionsplans sein, da die Realisierung des vorangegangenen Plans bisher nicht erfolgt ist. Nur durch eine zielgerichtete Neustrukturierung und die konsequente Umsetzung politischer Zusagen kann eine nachhaltige Unterstützung der LGBTIQ*-Organisationen im Land sichergestellt werden.

11. Wir fordern die Verpflichtung der Landesregierung zur Umsetzung des Selbstbestimmungsgesetzes in Sachsen-Anhalt

- Wir fordern von der Landesregierung Sachsen-Anhalt eine klare und verbindliche Verpflichtung zur konsequenten Umsetzung des Selbstbestimmungsgesetzes auf Landesebene. Um eine würdevolle Behandlung von trans*, inter* und nicht-binären Personen bei Namens- und Geschlechtseintragänderungen zu garantieren, ist eine umfassende Sensibilisierung und Schulung der Mitarbeitenden in den zuständigen Behörden – insbesondere der Standesbeamt*innen – unerlässlich. Hierzu fordern wir die Einführung einer verbindlichen Landesrichtlinie, orientiert an erfolgreichen Modellen wie in Brandenburg, um einen rechtssicheren und respektvollen Umgang mit Betroffenen landesweit zu standardisieren.
- Ein zentraler Aspekt unserer Forderung ist zudem die finanzielle Unterstützung für die Durchführung von Namensänderungen, um ökonomische Barrieren abzubauen. Parallel dazu müssen medizinische Mehrbedarfe im Rahmen des SGB II und SGB III gestärkt werden, um eine bedarfsgerechte Versorgung sicherzustellen.
- Um die Integrität des Gesetzes zu schützen, setzen wir uns für Maßnahmen ein, die einen Missbrauch der vorhandenen Regelungen verhindern. Dabei muss sichergestellt werden, dass diese Schutzmechanismen nicht von transfeindlichen Gruppen instrumentalisiert werden können; eine entsprechende Arbeitsgruppe (AG) soll sich dezidiert mit dieser Prüfung befassen, um eine diskriminierungsfreie Anwendung des Gesetzes zu gewährleisten. Ziel ist ein kompetenter und wertschätzender Behördenapparat, der die Selbstbestimmung jedes Individuums als Akt der Anerkennung und Menschenwürde schützt.

12. Wir fordern die Schaffung eines umfassenden Netzwerks von LGBTIQ* freundlichen Gesundheitsdiensten und Beratungsstellen

- Wir fordern die Etablierung eines flächendeckenden Netzwerks aus LGBTQ* freundlichen Gesundheitsdiensten und Beratungsstellen, um bestehende Barrieren in der medizinischen Versorgung abzubauen. Angesichts spezifischer Gesundheitsbedürfnisse sowie drohender Diskriminierung benötigen queere Personen sichere Anlaufstellen, die sowohl medizinisches Fachwissen als auch eine sensible, respektvolle Behandlung garantieren. Zur Qualitätssicherung fordern wir eine jährliche Prüfung von Therapeuten und Versorgern, die trans* und nicht-binäre Personen behandeln, wofür eine adäquate personelle Ausstattung einer entsprechenden Landesstelle unabdingbar ist.

- Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der HIV-Prävention: Wir fordern medizinische Stellen und Ärzteschaft auf, Behandlungen aktiv zu fördern und bestehende Hürden abzubauen. In Zusammenarbeit mit der Ärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung müssen Mindestfallpauschalen für die HIV-Prävention abgeschafft werden, da diese insbesondere im ländlichen Raum die Versorgung gefährden. Zur besseren Orientierung für Patient*innen fordern wir die Einführung eines „Queerfriendly Siegels“ für Arztpraxen, wobei Synergien mit bereits vorhanden Systemen, etwa der Aidshilfe, genutzt werden sollen.

13. Wir fordern: Keine Förderung von diskriminierenden und anti-demokratischen Organisationen, Verbänden und Gruppen

- Wir fordern entschieden, dass öffentliche Fördermittel ausschließlich Akteuren zugutekommen, die sich aktiv für die Achtung der Menschenrechte, die Förderung von Vielfalt und die Stärkung demokratischer Prinzipien einsetzen. Dabei muss die Sicherstellung von demokratiefördernden Projekten in all ihren Formen oberste Priorität haben, um eine gerechte und inklusive Gesellschaft zu gewährleisten.
- Um die bestehenden Strukturen zu schützen, müssen Förderrichtlinien so umformuliert werden, dass die Resilienz vorhandener demokratischer Organisationen gestärkt wird. Gleichzeitig ist es unerlässlich, die Ausschlusskriterien, um den Begriff der Verfassungsfeindlichkeit zu ergänzen: Öffentliche Gelder dürfen unter keinen Umständen dazu verwendet werden, Organisationen zu legitimieren oder zu unterstützen, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgen. In diesem Zusammenhang fordern wir zudem eine konsequente Überprüfung sowie die Einleitung von Verbotsverfahren gegen rechtsextreme und verfassungsfeindliche Parteien und Strukturen.

14. Wir fordern verstärkte Maßnahmen zum Schutz von LGBTIQ* vor Hass und Gewalt sowie zusätzliche Anstrengungen zur Bekämpfung von Feindseligkeit gegenüber Trans*, Homo- und Bisexuellen

- Wir fordern vom Land Sachsen-Anhalt verstärkte Maßnahmen zum Schutz von LGBTIQ* Personen vor Hass und Gewalt sowie zusätzliche Anstrengung zur Bekämpfung von Feindseligkeit gegenüber trans*, homo- und bisexuellen Menschen. Dabei muss ein besonderer Fokus auf vulnerable Gruppen liegen, was ein konsequentes intersektionales Denken und Handeln erfordert, um der Mehrfachdiskriminierung wirksam zu begegnen.

- Es ist unerlässlich, dass das Land Sachsen-Anhalt ein starkes Zeichen gegen Hasskriminalität setzt, was eine konsequente Strafverfolgung, die Einrichtung spezialisierter Anlaufstellen und den Ausbau von Unterstützungsangeboten für Betroffene umfasst.
- Staatliche Institutionen müssen entschlossen gegen jede Form von Gewalt vorgehen und Täter*innen zur Rechenschaft ziehen. Darüber hinaus sind präventive Maßnahmen und eine breite öffentliche Aufklärung über Respekt und Akzeptanz notwendig, um Hasskriminalität unabhängig von der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität dauerhaft zu verhindern.

IV. Bedeutung queerer Zivilgesellschaft

CSD Magdeburg e.V. und Christopher-Street-Day Sachsen-Anhalt e.V.

1. CSD Magdeburg e.V.

Der CSD Magdeburg e.V. versteht sich als dauerhaft arbeitender, zentraler Akteur der kommunalen Demokratie-, Bildungs- und Antidiskriminierungsarbeit. In dieser Rolle organisiert der Verein den Christopher Street Day Magdeburg als größte queere politische Demonstration der Landeshauptstadt und schafft dadurch wichtige Schutz- und Sichtbarkeitsräume. Durch die kontinuierliche Bildungs- und Präventionsarbeit sowie die enge Kooperation mit Schulen, der Verwaltung, Kultur- und Jugendeinrichtungen leistet der Verein einen wesentlichen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Zudem übernimmt er verantwortungsvolle Awareness-, Sicherheits- und Unterstützungsaufgaben. Da diese Arbeit kein punktuell Projekt, sondern eine dauerhafte gesellschaftliche Aufgabe darstellt, ergeben sich daraus folgende Notwendigkeiten:

- Wir fordern eine verlässliche, mehrjährige institutionelle Förderung des CSD Magdeburg e.V. sowie dessen Anerkennung als dauerhafte zivilgesellschaftliche Struktur. Diess beinhaltet die notwendige Absicherung von Personal-, Sach- und Projektkosten. Darüber hinaus fordern wir die systematische Einbindung des Vereins in kommunale Strategien zu Vielfalt, Sicherheit und Prävention, um die Expertise der queeren Zivilgesellschaft nachhaltig zu nutzen.

2. Christopher-Street-Day Sachsen-Anhalt e.V.

Der Christopher-Street-Day Sachsen-Anhalt e.V. fungiert als landesweit aktiver Dach- und Fachverband für queere CSD-Strukturen. In dieser Funktion koordiniert und unterstützt der Verband CSDs sowie Initiativen im gesamten Land, wobei er insbesondere kleine Städte und ländliche Regionen stärkt. Darüber hinaus übernimmt er die politische Interessenvertretung auf Landesebene und realisiert landesweite Projekte in den Bereichen Sichtbarkeit, Bildung, Erinnerungskultur sowie Demokratieförderung.

Da viele lokale CSDs und Projekte ohne diese landesweite Struktur nicht umsetzbar wären, ergeben sich daraus folgende Forderungen:

- Wir fordern eine dauerhafte institutionelle Förderung des Christopher-Street-Day Sachsen-Anhalt e.V. sowie eine verlässliche Finanzierungssicherheit für die Koordinierungs- und Beratungsarbeit. Zudem ist die Anerkennung des Verbandes als strategischer Partner des Landes Sachsen-Anhalt sowie eine gezielte Förderung landesweiter Projekte unerlässlich.

3. Förderung queerer Strukturen ist Demokratieschutz

Die Arbeit beider Vereine leistet einen zentralen Beitrag zur Wahrung der Menschenrechte, zur Stärkung der Demokratie sowie zur aktiven Gewaltprävention und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Aus diesem Grund darf die finanzielle Förderung nicht länger nur projektbezogen und kurzfristig angelegt sein. Stattdessen ist es zwingend erforderlich, dass diese Unterstützung strukturell, verlässlich und auf einer langfristigen Basis erfolgt.

V. Forderung an Politik und Verwaltung

- Wir fordern eine klare politische Anerkennung des CSD Magdeburg e.V. und des Christopher-Street-Day Sachsen-Anhalt e.V. als wesentliche Stützen unserer Zivilgesellschaft. Damit einhergehend fordern wir den notwendigen Übergang zu einer nachhaltigen institutionellen Förderung beider Vereine. Zudem ist die verbindliche Einbindung beider Organisationen in politische Prozesse unerlässlich, um eine Förderpolitik zu etablieren, die Sichtbarkeit, Sicherheit und Teilhabe dauerhaft und rechtssicher absichert.